

Weil 2016 ist: Neue Dynamik in die Gleichstellungspolitik bringen und die Beteiligung von Frauen weiterhin konsequent fördern!

Vor 30 Jahren haben die GRÜNEN die Frauenquote von 50% beschlossen und damit einen Meilenstein in der Gleichstellungspolitik gesetzt. Andere Parteien sind mit Quotenregelungen oder Quoren nachgezogen. Es ist zu beobachten, dass in allen Parlamenten und kommunalen Vertretungen der Frauenanteil dort besonders hoch ist, wo Parteien mit solchen Regelungen stark sind. Auffällig ist weiterhin die Beobachtung, dass der Frauenanteil in der Politik zur kommunalen Ebene hin kontinuierlich abnimmt. So beträgt der Frauenanteil im Bundestag 37,1%, im Landtag Brandenburg zu Beginn der 6. Wahlperiode 36,4%, bei den Kreistagsmandaten 25% und in den Gemeindevertretungen gerade einmal 23%. Kritisch sehen wir auch, dass der Anteil weiblicher Landtagsabgeordneter in Brandenburg nicht steigt, sondern in den letzten 12 Jahren eher gefallen ist: Er betrug in der 4. Wahlperiode (2004-2009) 44,3%, in der 5. Wahlperiode (2009-2014) 39,8% und in den 6. Landtag Brandenburg wurden gerade noch 36,4% Frauen gewählt. Dadurch, dass bei den Koalitionsfraktionen für 3 Männer 3 Frauen nachgerückt sind, konnte sich der Wert wieder bei 39,8% stabilisieren.

Was die Gleichstellung angeht, steht Brandenburg in vielen Bereichen im Bundesvergleich nicht schlecht da: Die Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen ist mit 73% hoch und die geschlechtsspezifische Lohnungleichheit („gender pay-gap“) mit 6% niedrig. Aber: Unter den Teilzeitbeschäftigten sind drei Viertel Frauen, viele unfreiwillig, weil sie gerne mehr arbeiten würden. In Brandenburg legen mittlerweile 46% der Mädchen gegenüber 35% der Jungen das Abitur ab. Aber: An den Hochschulen sind nur 23% der Professuren weiblich besetzt. Trotz der im Schnitt besseren Schulbildung entscheidet sich weiterhin fast die Hälfte junger Frauen für nur 10 Ausbildungsberufe, darunter viele der sogenannten typischen „Frauenberufe“ mit schlechter Bezahlung und geringen Aufstiegschancen.

Auch die medizinische Versorgung muss geschlechtergerechter werden. Es gibt zahlreiche geschlechterspezifische Unterschiede hinsichtlich der Gesundheit und dem Gesundheitsverhalten, die sich auch auf die Diagnostik und Behandlung auswirken. Frauen

haben zum Beispiel ein höheres Sterblichkeitsrisiko nach einem Herzinfarkt und Männer nehmen seltener an Früherkennungsuntersuchungen teil. Trotzdem haben sich die Erkenntnisse der Gendermedizin nicht wirklich etabliert.

Wir müssen auch selbstkritisch zur Kenntnis nehmen, dass es uns auch 30 Jahre nach Einführung der Frauenquote als Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch nicht gelungen ist, einen annähernd hälftigen Anteil von Frauen bei den Mitgliedern zu erreichen. Mädchen und Frauen für Politik zu interessieren und zu sensibilisieren und ihnen die Bedeutung der Beteiligung an Entscheidungsgremien in Wirtschaft und Politik aufzuzeigen, bleibt weiterhin eine dringliche Aufgabe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zwar bundesweit mit einem Frauenanteil von 38,6% knapp vor der LINKEN auf Platz 1, in Brandenburg befinden wir uns aber mit 37,4% auf Platz 2 (LINKE 43,7%). Diese Zahlen können nicht zufrieden stellen. Genauso, wie es Ziel unseres Landesverbandes ist, die positive Mitgliederentwicklung weiter voranzutreiben, so muss es auch ein prioritäres Ziel sein, den Frauenanteil in unserer Partei weiter auszubauen. Der Landesverband hat mit dem erfolgreichen Mentoringprogramm sowie der neuen "Grüne Gründerin"-Initiative hierzu bereits wichtige Signale gesetzt.

Mit dem Aufstieg der AfD auch in Brandenburg sind reaktionäre Strömungen aktuell im Aufwind. Wir müssen wieder häufiger heftige Reaktionen des neurechten Milieus gegen den sogenannten „Genderwahn“, gegen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft erleben. Frauen in Führungspositionen werden als „Quotenfrauen“ verächtlich gemacht, während Männer ihre Positionen selbstverständlich aus Qualitätsgründen innehaben. Es wird ein traditionelles Familienbild mit der Ernährerrolle des Mannes nach dem Vorbild der fünfziger Jahre der alten Bundesrepublik propagiert, welches gerade in Brandenburg den Erfahrungen der Frauen mit jahrzehntelangem selbstverständlichem Zugang zu Arbeit und Kinderbetreuung zuwiderläuft. Dieses unzeitgemäße Familienmodell erschwert den beruflichen Erfolg der Frau und geht oft einher mit prekären (Teilzeit-) Beschäftigungsverhältnissen, die die Frau und ihre Kinder nach Beendigung von Ehe oder Partnerschaft existentiell gefährden und mit Altersarmut bedrohen. Durch die Forderung nach einer Steigerung der „Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung“ und „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“ werden antiemanzipatorische und rassistische Ressentiments miteinander verschränkt.

Dabei wollen wir auch in unseren Reihen verstärkt auf Intersektionalität achten. Wir wollen uns weiter dafür öffnen, über unterschiedliche Diskriminierungsformen und ihr Zusammenwirken zu sprechen. Dies schließt Frauen mit Behinderungen ebenso ein wie Inter- und Transpersonen, langzeitarbeitslose alleinerziehende Mütter und geflüchtete Frauen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als die Partei, für die gleichberechtigte Teilhabe und Machtverteilung konstitutiv waren,

- werden allen Versuchen, Frauen und Mädchen an der freien Entfaltung ihrer Talente und Fähigkeiten zu hindern, sie auf ein traditionelles Frauen- und Familienbild zu beschränken und ihre volle hälftige Repräsentanz in Entscheidungsgremien von Politik und Wirtschaft zu verhindern, eine eindeutige Absage erteilen

- werden der antiemanzipatorischen Propaganda der Neuen Rechten gegen Frauen, LSBTTIQ, Menschen mit Behinderungen, Migranten*innen, Langzeitarbeitslose entschiedenen Widerstand entgegensetzen
- werden Initiativen zur hälftigen Repräsentanz von Frauen bei Wahlen im Sinne eines Parité-Gesetzes unterstützen
- werden Programme zur Förderung von Frauen in Bereichen mit Unterrepräsentanz konsequent unterstützen
- begrüßen das Leitbild der Landesregierung Brandenburg „Gleiche Chancen für Frauen und Mädchen“
- fordern hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte in allen neuen Kreisen und Hauptverwaltungen auf Gemeindeebene mit mindestens 50% der vollen wöchentlichen Arbeitszeit (in Kreisen 100%)
- werden mit den Wirtschaftsverbänden, der Agentur für Arbeit, den Kammern und Gewerkschaften an Konzepten für mehr Lohngerechtigkeit arbeiten
- fordern eine auskömmliche Finanzierung von Frauen- und LSBTTIQ-Verbänden, Frauenhäusern und Gewaltschutzmaßnahmen
- setzen sich für eine geschlechtergerechte Sprache ein
- fordern die Repräsentanz weiblicher Geschichte in allen gesellschaftlichen Kontexten, insbesondere in der Schulbildung zu stärken und Lehrkräfte entsprechend fortzubilden. Die Auseinandersetzung mit der Rolle und der Darstellung der Frauen in der patriarchalischen Geschichtsschreibung soll ein Lernziel im Unterricht sein.
- unterstützen die Weiterentwicklung der Gendermedizin im Land Brandenburg

Innerparteilich wollen wir:

- bei der Gewinnung neuer Mitglieder gezielt Frauen ansprechen und den Frauenanteil in unserer Partei bis 2020 auf 45% erhöhen. Perspektivisch bleibt das Ziel, einen Frauenanteil von 50% zu erreichen.
- Sitzungs- und Diskussionskultur auf verschiedenen politischen Ebenen kritisch betrachten, um Zugangshürden für Frauen abzubauen. Deswegen erinnern wir alle unsere Gremien -daran, Redelisten zu quotieren.
- Formate entwickeln, um Frauen und Mädchen für Politik zu interessieren

- insbesondere im kommunalen Bereich Strategien zur Frauenförderung und Frauengewinnung entwickeln

- Auch innerhalb von Kreisverbänden und, wenn die Struktur es hergibt, Ortsverbänden, eine frauenpolitische Sprecherin ernennen. Diese soll wenn möglich Mitglied des Kreisvorstandes sein und mit dem Kreisvorstand Maßnahmen zur Förderung von Frauen auf kommunaler Ebene erarbeiten. Zudem ist sie für die Frauen in ihrem Kreisverband eine Ansprechpartnerin, auch bei Problemen wie Sexismus innerhalb des Kreisverbandes. Wenn die Besetzung dieses Amtes auch bei größter Bemühung aufgrund von strukturellen Schwierigkeiten nicht gelingt, soll in diesen Kreisverbänden vermehrt darauf hingewiesen werden, welche Angebote es auf Landesebene gibt und dass die frauenpolitische Sprecherin des Landesverbandes, sowie die AG Frauen- und Geschlechterpolitik, bei Fragen und Problemen zur Seite stehen. Diese sollen in den betroffenen Kreisverbänden auch bei der Besetzung dieses Amtes unterstützen.

- unser seit 2013 laufendes erfolgreiches Frauenmentoring-Programm verstetigen und finanziell besser ausstatten

- - darüber hinaus weitere Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen, die ein Amt oder Mandat in der Partei anstreben oder bereits inne haben, anbieten und den Bundesverband dazu auffordern, sich in derselben Weise zu engagieren

- die Gründung von Frauenstammtischen unterstützen

- die öffentlichkeitswirksame Auszeichnung von besonders engagierten Frauen („grüne Gründerin“, „Aktivistin des Monats“ etc) voranbringen

- Sexismus auch innerhalb unserer Partei identifizieren und dagegen vorgehen

Weil 2016 ist! Weil wir mehr Teilhabe von Frauen wollen und den Rollback von Geschlechterrollen nicht hinnehmen werden!